

***Der Europäische Konsens über die
Entwicklungspolitik:***

***der Beitrag der entwicklungspolitischen
Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit***

2007

Einführung	2
I. Bewältigung der entwicklungspolitischen Herausforderungen und Umsetzung der entwicklungspolitischen Zusagen der EU und der internationalen Gemeinschaft: die Rolle der entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit.....	4
II. Gemeinsame Ziele	7
III. Gemeinsame Grundsätze.....	9
IV. Zielgruppen.....	11
V. Entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit in Europa: Merkmale und Herausforderungen.....	12
VI. Empfehlungen.....	16
Annex I Notable international and EU development commitments	19
Annex II International and European political commitments to Development Education and Awareness Raising	20

Der Europäische Konsens über die Entwicklungspolitik: der Beitrag der entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit

Einführung

Im Jahr 2005 verständigten sich der Rat der Europäischen Union und die im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten, die Europäische Kommission und das Europäische Parlament auf eine gemeinsame Erklärung zur Entwicklungspolitik (den „Europäischen Konsens über die Entwicklungspolitik“). In dieser Erklärung werden zum einen die bei der Bekämpfung der Armut und der Förderung einer nachhaltigen Entwicklung zu bewältigenden Herausforderungen aufgezeigt, zum anderen enthält sie die Verpflichtungen, die die Europäische Union eingegangen ist, um sich diesen Herausforderungen zu stellen.

Das vorliegende Dokument ist als Beitrag zur Umsetzung des Europäischen Konsenses über die Entwicklungspolitik gedacht und nimmt insbesondere Bezug auf die Erklärung, dass „die EU der Bildungsarbeit im Entwicklungsbereich und der entsprechenden Sensibilisierung der EU-Bürger besondere Aufmerksamkeit widmen“ wird.¹ Die im Folgenden aufgeführten Darlegungen sollen einen Rahmen für die Entwicklung von Strategien auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene bilden.

Das Dokument wurde von Mitarbeitern und Vertretern eines breiten Spektrums von Organisationen und Institutionen verfasst, die im Bereich der internationalen Entwicklung und der entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit engagiert sind.² Hierzu zählen unter anderem die folgenden:

das Development Education Forum von CONCORD,
der Rat der Gemeinden und Regionen Europas,
das Development Centre, Institute of International Relations - Tschechische Republik,
die Europäische Kommission, Generaldirektion DEV, Referat A4,
das Europäische Parlament,
das European Youth Forum,
der Föderale Öffentliche Dienst Auswärtige Angelegenheiten, Außenhandel und Entwicklungszusammenarbeit - Belgien,
das Global Education Network Europe (GENE),
InWEnt gGmbH für das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) - Deutschland,
das Entwicklungshilfeprogramm des irischen Außenministeriums (Irish Aid),
das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und Einwanderung - Luxemburg,
das slowenische Außenministerium,
das Nord-Süd-Zentrum des Europarats,
das Entwicklungszentrum der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD-Development Centre),
die portugiesische Agentur für Entwicklungshilfe (IPAD) und
die slowakische Agentur für internationale Entwicklungszusammenarbeit (Slovak Aid).

¹ Europäischer Konsens über die Entwicklungspolitik, Teil I, Abschnitt 4.3, Ziffer 18.

² Die in diesem Dokument vertretenen Ansichten spiegeln nicht unbedingt die Positionen der Organisationen wider, die an der Entwicklung dieses Strategierahmens mitgewirkt haben.

An der Ausarbeitung dieses Strategierahmens haben Mitarbeiter und Berater des Development Education Exchange in Europe Project (DEEEP) mitgewirkt.

Dieses Dokument wird ergänzt durch Anhang I (Wichtige entwicklungspolitische Zusagen der internationalen Gemeinschaft und der EU) und Anhang II (Zusagen der internationalen Gemeinschaft und der EU im Bereich der entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit), die nähere Angaben zu einzelnen, im Folgenden behandelten Aspekten enthalten.

I. Bewältigung der entwicklungspolitischen Herausforderungen und Umsetzung der entwicklungspolitischen Zusagen der EU und der internationalen Gemeinschaft: die Rolle der entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit

1. Armutsbekämpfung und nachhaltige Entwicklung sind zu Beginn des 21. Jahrhunderts Anliegen von zentraler Bedeutung. Die Auseinandersetzung mit dieser Problematik ist in den Kontext einer zunehmend globalisierten, von Wandel und Interdependenz geprägten Welt eingebettet. Die Europäische Union erkennt diese Problematik an und ist erhebliche Verpflichtungen eingegangen, denen sie zum Beispiel im Europäischen Konsens über die Entwicklungspolitik Ausdruck verliehen hat.³
2. Bei der Auseinandersetzung mit dieser globalen Problematik und der Umsetzung der eingegangenen Verpflichtungen kommt der Europäischen Union, den Mitgliedstaaten und der europäischen Bevölkerung eine maßgebliche Rolle zu; über politische Strategien, Organisationen, Institutionen, Behörden auf lokaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene und durch Maßnahmen innerhalb und außerhalb Europas befassen sie sich mit den folgenden Bereichen:
 - 2.1 Entwicklung von Wirtschaftsbeziehungen, die geeignet sind, folgende Herausforderungen zu bewältigen:
 - 2.1.1 Bekämpfung von Armut und wirtschaftlicher und sozialer Ausgrenzung
 - 2.1.2 Bekämpfung wirtschaftlicher Ungleichheiten
 - 2.1.3 Förderung lokaler Beziehungen mit Volkswirtschaften von globaler Bedeutung auf der Grundlage von Gerechtigkeit, Fairness und Einbeziehung
 - 2.2 Entwicklung sozialer und kultureller Beziehungen, die geeignet sind, folgende Herausforderungen zu bewältigen:
 - 2.2.1 Förderung von Fairness und konkreter Solidarität zwischen den Völkern
 - 2.2.2 weitere und verstärkte Achtung der Menschenrechte
 - 2.2.3 Reaktion auf die Migration und die Notwendigkeit, unter Wahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts multikulturelle Gesellschaften zu schaffen
 - 2.3 Entwicklung von Beziehungen zur natürlichen Umwelt, die geeignet sind, folgende Herausforderungen zu bewältigen:
 - 2.3.1 Erhalt einer nachhaltigen Umwelt
 - 2.3.2 Bewältigung des Klimawandels
 - 2.4 Entwicklung von politischen Beziehungen, die geeignet sind, folgende Herausforderungen zu bewältigen:
 - 2.4.1 Schaffung der Voraussetzungen für die Teilhabe der Öffentlichkeit an entwicklungspolitischen Entscheidungsprozessen und Förderung der Partizipation
 - 2.4.2 Schaffung und Wahrung des Zugehörigkeits- und Identitätsgefühls des Einzelnen und der verschiedenen Bevölkerungsgruppen, auf der Grundlage des Global Citizenship, als Weltbürger in einer von Wandel und Interdependenz geprägten Welt
3. Im Europäischen Konsens über die Entwicklungspolitik wird die Bedeutung der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit und der entsprechenden Sensibilisierung der EU-Bürger für die Bewältigung der genannten Problematiken und die Einhaltung der diesbezüglichen Verpflichtungen anerkannt.⁴
4. In den letzten dreißig Jahren haben Vertreter der Zivilgesellschaft, regionale und lokale Gebietskörperschaften, Regierungsmitglieder und Akteure auf europäischer Ebene begonnen, sich

³ Europäischer Konsens über die Entwicklungspolitik (2005), gemeinsame Erklärung des Rates der Europäischen Union, der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments. Siehe Anhang I mit weiteren Angaben zu den entwicklungspolitischen Zusagen der EU und der internationalen Gemeinschaft.

⁴ Siehe beispielsweise Europäischer Konsens über die Entwicklungspolitik (2005), Teil I, Abschnitt 4.3.

diesen Herausforderungen zu stellen und durch Informationsarbeit und die Veranstaltung entsprechender Aktivitäten verschiedene Teile der Öffentlichkeit einzubeziehen. Diese Anstrengungen tragen dazu bei, die Sensibilisierung, das Interesse und die Mitwirkung der Öffentlichkeit im entwicklungspolitischen Bereich in der gesamten Europäischen Union zu fördern.⁵

5. Gleichzeitig haben die verschiedensten Organisationen, Institutionen und Akteure im Bildungsbereich schulische und außerschulische Curriculumprogramme und -projekte konzipiert und durchgeführt. Mit all diesen Initiativen, die nicht immer als „entwicklungspolitische Bildungsarbeit“ bezeichnet werden, greift der Bildungssektor die entwicklungspolitischen Themen und Herausforderungen auf und hilft Lernenden und Lehrenden gleichermaßen, durch die Beschäftigung mit einem breiten Spektrum von Fragen der globalen Entwicklung kritisches Verständnis, Kompetenzen, Werte und neue Einstellungen zu entwickeln.⁶
6. Dort, wo die entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit nachhaltige Wirkung auf die Öffentlichkeit erzielte, handelte es sich meist um Initiativen, die sich auf den Dialog zwischen Bürgern Europas und der Länder des Südens stützten, so dass nicht mehr „über den Süden“ diskutiert wurde, sondern gemeinsame Erfahrungen des Nordens und des Südens und die Zugehörigkeit zur *Einen* Menschheit im Mittelpunkt standen. Nichtregierungsorganisationen, Organisationen der Zivilgesellschaft und staatliche Akteure in Europa spielen eine wichtige Rolle, da sie solche Dialoge anregen und fördern und der europäischen Öffentlichkeit so helfen, die Bedeutung entwicklungspolitischer Entscheidungen und Maßnahmen für die Menschen im Norden wie im Süden zu erkennen.
7. Die Europäische Union hat der entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit mit verschiedenen Veranstaltungen und Erklärungen politische Aufmerksamkeit verschafft, indem sie die Bedeutung dieser Arbeit für die Verbreitung zentraler Werte der EU wie Solidarität, Toleranz, Integration, Menschenrechte und Demokratie, für die verstärkte kritische Unterstützung der internationalen Entwicklungszusammenarbeit und für die Wahrnehmung unserer moralischen Verantwortung als Weltbürger unterstrich.⁷
8. Die Sensibilisierung für das Thema Entwicklung und die entwicklungspolitische Bildungsarbeit tragen maßgeblich dazu bei, die Unterstützung der Öffentlichkeit für die Entwicklungspolitik zu verstärken. Ebenso wichtig ist jedoch ihr Beitrag zur Entwicklung des kritischen Verständnisses, der Kompetenzen und Werte, die die Menschen benötigen, um in einer von Wandel und Interdependenz geprägten Welt ein erfülltes Leben führen zu können. Eine entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit von hoher Qualität hilft, auf diese Bedürfnisse der Öffentlichkeit einzugehen.
9. Aufbauend auf der bisher geleisteten Arbeit steht die entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit zu Beginn des 21. Jahrhunderts vor altbekannten und vor neuen Herausforderungen und Chancen, die insbesondere folgende Aspekte betreffen:
 - 9.1 die Notwendigkeit, der europäischen Öffentlichkeit internationale Entwicklungen und deren Verbindung mit globalen Wechselwirkungen, und wie diese Entwicklungen und Wechselwirkungen sich auf individuelles, lokales, nationales und europäisches Verständnis und Handeln auswirken sowie von diesen beeinflusst werden, bewusster zu machen;

⁵ Zum Beispiel das Engagement der Öffentlichkeit in ganz Europa für die Kampagne „Make Poverty History“ (2005) und das anhaltende öffentliche Interesse am „Global Call to Action against Poverty“ (in Deutschland „Deine Stimme gegen Armut“), siehe www.whiteband.org.

⁶ Zum Beispiel Initiativen und Programme für die Lehrplangestaltung im Schulbereich, in der Erwachsenen- und der Hochschulbildung und in der Jugendarbeit in vielen EU-Mitgliedstaaten. Informationen über diese Arbeit in der gesamten Europäischen Union sind u. a. verfügbar unter www.deeep.org.

⁷ Zu den politischen Verpflichtungen, die zur Förderung der entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit in Europa eingegangen wurden, zählen die Entschließung des Rates der Entwicklungsminister zur Bildungsarbeit zum Thema Entwicklung (2001), die Maastrichter Erklärung (2002), die Europäische Konferenz über entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit für die Nord-Süd-Solidarität (Brüssel, 2005), der Europäische Konsens über die Entwicklungspolitik (2005), die Konferenz über die europäische entwicklungspolitische Bildungsarbeit (Helsinki, Juli 2006), das entwicklungspolitische 18-Monatsprogramm (2007/08) der deutschen, der portugiesischen und der slowenischen EU-Präsidentschaft. Näheres zu diesen Verpflichtungen siehe Anhang II.

-
- 9.2 die Notwendigkeit, der zunehmenden Forderung der europäischen Öffentlichkeit nach einer wirksamen Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit im Allgemeinen nachzukommen, was die Wirksamkeit der - aus öffentlichen oder privaten Mitteln finanzierten - entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit einschließt;
 - 9.3 die Notwendigkeit, die entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit in die vorhandenen Strukturen und Prozesse der formalen und informellen Bildung und Information zu integrieren und sich dabei sämtlicher geeigneten didaktischen und pädagogischen Konzepte zu bedienen, um die europäische Öffentlichkeit zu erreichen; und
 - 9.4 die Notwendigkeit, Wirkung und Qualität unter Einsatz geeigneter Fachkompetenzen, Methoden und Instrumente zu bewerten, u. a. durch eine intensivere Zusammenarbeit und durch gemeinsames Lernen der Akteure auf europäischer und nationaler Ebene sowie der zivilgesellschaftlichen Akteure, um die Reichweite und den Wirkungsgrad der geleisteten Arbeit zu vergrößern.⁸
10. Für den Umgang mit diesen Fragen werden mit diesem Strategierahmen gemeinsame und spezifische Grundsätze, Ziele und Merkmale vorgeschlagen, die es Akteuren auf der europäischen Ebene und auf der Ebene der einzelnen Staaten, Nichtregierungsorganisationen und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren ermöglichen, sich mit den Herausforderungen und Chancen für die entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit auseinanderzusetzen. Indem es den Europäischen Konsens über die Entwicklungspolitik unterstützt, soll dieses Dokument die vorhandenen nationalen und europäischen Initiativen ergänzen und stärken, aber nicht ersetzen.
 11. Dieses Dokument richtet sich nicht nur an diejenigen, die sich bereits in der entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit engagieren, sondern auch an Regierungen, EU-Institutionen, Nichtregierungsorganisationen und andere Organisationen der Zivilgesellschaft, die noch nicht in diesem Bereich aktiv sind, jedoch dank ihrer Rolle in der internationalen Entwicklung und in der Bildung in Europa zu den Bemühungen beitragen können, die Reichweite und die Wirkung dieser Arbeit zu vergrößern.

⁸ Siehe z. B. den Abschlussbericht der Konferenz über die europäische entwicklungspolitische Bildungsarbeit vom 3. - 4. Juli 2006 in Helsinki.

II. Gemeinsame Ziele

DER KONTEXT DER ENTWICKLUNGSPOLITISCHEN BILDUNGS- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

12. Durch Konzepte und Maßnahmen für die entwicklungspolitische Bewusstseinsbildung und Bildungsmaßnahmen, die sich auf Werte stützen wie Menschenrechte, soziale Verantwortung, Geschlechtergleichstellung und das Zugehörigkeitsgefühl zu der *Einen Welt*, trägt die entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit zur Bekämpfung der Armut und zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung bei. Diese Konzepte und Maßnahmen beruhen ferner auf klaren Vorstellungen und dem Wissen über die Unterschiede in den menschlichen Lebensbedingungen und die zur Überwindung dieser Unterschiede unternommenen Anstrengungen, auf der Teilhabe an demokratischem Handeln, das die sozialen, wirtschaftlichen, politischen oder ökologischen Rahmenbedingungen von Armut und nachhaltiger Entwicklung beeinflusst.

DAS ZIEL DER ENTWICKLUNGSPOLITISCHEN BILDUNGS- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

13. Ziel der entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit ist es, allen Menschen in Europa während ihres gesamten Lebens zu ermöglichen, sich die Anliegen der globalen Entwicklung und ihre Relevanz für den Einzelnen und sein Umfeld bewusst zu machen und diese zu verstehen. Die Menschen sollen in die Lage versetzt werden, ihre Rechte und Pflichten als Bürger eines von Interdependenzen und Veränderungen geprägten Planeten im Sinne eines Wandels zu einer gerechten und nachhaltigen Welt wahrzunehmen.

DER BEITRAG DIESES STRATEGIERAHMENS

14. Dieser Strategierahmen für die entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit soll dazu beitragen,
- 14.1 die Bewusstseinsbildung und das kritische Verständnis in der europäischen Öffentlichkeit zu vertiefen und das kreative Engagement für die globale Entwicklung zu verstärken, was auch die Zusammenhänge zwischen der globalen Entwicklung und den Umständen und Veränderungen vor Ort - in der Europäischen Union und anderswo - einschließt;
 - 14.2 die Fähigkeit der europäischen Öffentlichkeit zu fördern, ihr eigenes Recht auf Entwicklung durchzusetzen und andere bei der Durchsetzung dieser Rechte zu unterstützen, und
 - 14.3 die Öffentlichkeit zu ermutigen, Einstellungen, Politiken und Praktiken in Frage zu stellen, die das Fortbestehen von Armut begünstigen und eine nachhaltige Entwicklung behindern.

DIE ZIELE DIESES STRATEGIERAHMENS

15. Vor dem Hintergrund des Europäischen Konsenses über die Entwicklungspolitik hat die entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit folgende spezifische Ziele:
- 15.1 In der europäischen Öffentlichkeit soll das kritische Verständnis der Ursachen und Folgen globaler Armut und Ungleichheit und deren Relevanz für die Interdependenz und die nachhaltige Entwicklung auf individueller, lokaler, nationaler, europäischer und globaler Ebene gefördert werden;
 - 15.2 Das Engagement der europäischen Öffentlichkeit und ihre informierte Mitwirkung an lokalen und internationalen Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut und zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung soll gefördert und gestärkt werden;
 - 15.3 Entscheidungsträger sollen für politische Strategien und Verfahrensweisen gewonnen werden, die der Umsetzung von Konzepten der entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit förderlich sind, insbesondere im Rahmen der formalen und informellen Bildung auf (sub-)nationaler und europäischer Ebene;
 - 15.4 Der Dialog zwischen den Akteuren, die sich auf europäischer und nationaler Ebene in den Medien und in der Zivilgesellschaft für die Förderung der Ziele der entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit engagieren oder engagieren könnten, soll in Gang gebracht werden;

-
- 15.5 Europaweite Programme und Aktivitäten sollen ebenso gefördert werden wie Maßnahmen zur gegenseitigen Unterstützung. Hier geht es insbesondere um die Zusammenarbeit zwischen Akteuren der entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit und der Entwicklungszusammenarbeit unter Einbeziehung der neuen Akteure in diesen Bereichen; um die Zusammenarbeit zwischen der nationalen und der europäischen Ebene, zwischen den Völkern des Nordens und des Südens wie auch zwischen staatlichen Akteuren und Akteuren der Zivilgesellschaft in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen außerhalb der Europäischen Union;
- 15.6 Das Lernen aus der entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit soll europaweit gefördert werden, um die praktische Umsetzung und den Wirkungsgrad dieser Arbeit zu verbessern.

III. Gemeinsame Grundsätze

EXPLIZIT FORMULIERTE WERTE UND LÄNGERFRISTIGE ZIELE

16. Organisationen, Institutionen und andere in der entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit engagierte Akteure verfolgen viele unterschiedliche Ziele und stützen sich dabei auf die unterschiedlichsten Konzepte. Dabei grenzen sie ihre Werte und längerfristigen Ziele im Hinblick auf die Bereiche Armutsbekämpfung, nachhaltige Entwicklung, Sensibilisierung, Bildung und lebenslanges Lernen klar ein und formulieren diese explizit.

PARTNERSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT

17. Grundlage der entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit ist die partnerschaftliche Zusammenarbeit, d. h. gemeinsame Bemühungen zur Entwicklung einer gemeinsamen Sichtweise und konkreter Maßnahmen als Antwort auf die globale Entwicklung; gefragt ist eine partnerschaftliche Zusammenarbeit der entwicklungspolitischen Akteure des Nordens und des Südens, zwischen Organisationen, Institutionen und Regierungen, zwischen Geldgebern und -empfängern, zwischen Lieferanten und Empfängern von Informationen wie auch zwischen Lehrenden und Lernenden.

FÖRDERUNG DER VERSCHIEDENSTEN STANDPUNKTE UND PERSPEKTIVEN

18. Entwicklungsfragen und -prozesse sind komplex und lassen sich nicht auf eine oder wenige „richtige“ Lösungen oder einen einzigen ideologischen Ansatz reduzieren. Die entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit befasst sich ganz bewusst mit einem breiten Spektrum an Stimmen und unterschiedlichen Perspektiven, wirkt hartnäckigen Mythen und Verallgemeinerungen zum Thema „Entwicklung“, „Hilfe“ und „der Süden“ entgegen. Damit gibt sie der europäischen Öffentlichkeit die Möglichkeit, bei der Auseinandersetzung mit diesen Fragen Empathie und Verständnis für die unterschiedlichen Sichtweisen zu entwickeln. Dabei erhalten die Stimmen und Standpunkte derjenigen, die von der globalen Entwicklung an den Rand gedrängt werden oder unter ihren Auswirkungen zu leiden haben, besonderes Gewicht.

GEMEINSAMKEIT DER ENTWICKLUNGSPROZESSE: „HIER“ UND „DA (ANDERSWO)“ MITEINANDER VERBINDEN

19. Globalisierung und Interdependenz bedeuten, dass „Entwicklung“ nicht ausschließlich und völlig losgelöst im „Süden“ oder außerhalb unseres europäischen Umfelds und unserer Gesellschaften geschieht. Zur entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit gehört, dass die Zusammenhänge zwischen Entwicklungsfragen und den Herausforderungen, die sich hier und anderswo stellen, explizit berücksichtigt werden; dieser Ansatz beruht auf dem Verständnis der Tatsache, dass die weltweiten Entwicklungsprozesse und Interessen aufs Engste miteinander verknüpft sind, und auf der Einbeziehung der Öffentlichkeit in Erfahrungen und kreative Antworten, die die Relevanz der globalen Entwicklung für die Situation vor Ort verdeutlichen (und umkehrt).

VORHANDENE STRUKTUREN UND PROZESSE NUTZEN UND MIT IHNEN ARBEITEN

20. Europa verfügt über weitreichende und häufig gut gefestigte Strukturen und Prozesse, die für unsere Arbeit von Nutzen sind; dazu gehören die Bildungssysteme, Nichtregierungsorganisationen und andere zivilgesellschaftliche Netzwerke, staatliche Einrichtungen und regierungsinterne Stellen und Verfahren, Medienorganisationen und einzelne Medien. Im Rahmen der entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit wird eine Zusammenarbeit mit diesen Strukturen und Prozessen angestrebt. Damit soll die Fähigkeit dieser Strukturen, entwicklungspolitische Sensibilisierungs- und Bildungsmaßnahmen durchzuführen, gefördert und ausgebaut werden. Daneben geht es darum, unter Bezugnahme auf andere Bildungskonzepte in Europa und darüber hinaus gemeinsame Themen zu entwickeln, beispielsweise Erziehung zu aktivem Bürgertum, zu Antirassismus, Umweltschutz und nachhaltiger Entwicklung, Geschlechtergleichstellung, globales Lernen, Menschenrechtserziehung, interkulturelle und multikulturelle Erziehung, partizipatives Lernen und Handeln sowie Friedenserziehung.

ZUR FORSCHUNG BEITRAGEN - VON DER FORSCHUNG LERNEN

21. Im Rahmen der entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit wird die Zusammenarbeit mit und das Lernen von Wissenschaftlern und anderen Dritten, die am Alltag

dieser Arbeit nicht unmittelbar beteiligt sind, gefördert und unterstützt, unter anderem durch Beiträge zu und Lernen aus Gegenüberstellungen mit Ansätzen wie Öffentlichkeitskampagnen und Kampagnen zur Förderung des sozialen Wandels, zum Community Development, zum Social Marketing sowie zu Bildungskonzepten aus anderen Teilen der Welt.

AUSTAUSCH VON ERFAHRUNGEN UND BEWERTUNGEN

22. Im Hinblick auf konkrete Verbesserungen in der Praxis aller Beteiligten werden im Rahmen der entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit die Bewertungen der durchgeführten Programme Dritten verfügbar gemacht, z. B. indem Evaluierungsberichte den interessierten Kreisen und der breiten Öffentlichkeit bereitgestellt werden. In solchen Berichten werden Aspekte hervorgehoben, aus denen sich Lehren hinsichtlich der Qualität der geleisteten Arbeit, der Vorgehensweise bei Umsetzungsprozessen, der Stärkung der Leistungsfähigkeit von Organisationen und öffentlichen Stellen, der Ergebnisse und dauerhaften Auswirkungen ziehen lassen.

KEINE WERBUNG FÜR ENTWICKLUNGSAKTIVITÄTEN

23. Zur Vermeidung von Missverständnissen: Bei der entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit geht es nicht darum, die Öffentlichkeit zur Unterstützung bestimmter Entwicklungsmaßnahmen oder Organisationen aufzurufen. Es geht weder um Wohltätigkeit noch um Werbung für bestimmte Organisationen.

IV. Zielgruppen

24. Die Bekämpfung der Armut und die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung sollten für alle Menschen in Europa von größter Bedeutung sein. Wichtigster Akteur der entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit ist in Europa daher die europäische Öffentlichkeit. Sie gehört zu den Zielgruppen, aber auch und vor allem zu den Akteuren, die maßgeblich an der Suche nach Antworten auf entwicklungspolitische Fragen beteiligt sind.
25. Der hier vorgestellte Rahmen für die entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit ist jedoch in erster Linie für die Organisationen, Behörden, Institutionen, Presse- und Rundfunkmedien und Entscheidungsträger in der Europäischen Union und den Mitgliedstaaten gedacht, die sich mit der Konzeption, dem Management, der Koordinierung oder der Finanzierung von bildungs-, informations- oder entwicklungsrelevanten Maßnahmen, Projekten, Programmen und Politiken befassen. Hierzu zählen insbesondere, aber nicht ausschließlich die Organisationen, Behörden, Institutionen und Entscheidungsträger, die sich mit formalen und informellen Bildungssystemen beschäftigen oder darin mitwirken.
26. Gerade diese Akteure bestimmen die Themen und den Grad der Bewusstseinsbildung, des Verständnisses und des entwicklungspolitischen Engagements der europäischen Öffentlichkeit. Der Erfolg unserer Bemühungen um die Verwirklichung der in diesem Strategierahmen dargelegten Ziele hängt davon ab, in welchem Maße die Öffentlichkeit die globale Entwicklung und die Wechselwirkung zwischen globaler Entwicklung und lokalen Veränderungen bewusst wahrnimmt und kritisches Verständnis und kreatives Engagement entwickelt.

V. Entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit in Europa: Merkmale und Herausforderungen

PROZESSE DER ENTWICKLUNGSPOLITISCHEN BILDUNGS- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

27. Im Rahmen der entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit wird ein breites Spektrum an Verfahren eingesetzt, um Menschen für die Entwicklungs Herausforderungen zu gewinnen. Damit soll das Verständnis des Einzelnen für die globale Entwicklung verbessert und die Fähigkeit, Fragen zu stellen, ausgebaut werden. Das Gleiche gilt auch für die Partizipationsfähigkeit, da beides Werte sind, die für eine gerechte Gesellschaft und eine nachhaltige Welt von zentraler Bedeutung sind. Gefördert werden sollen außerdem die Vertrautheit mit unterschiedlichen Perspektiven und Erfahrungen und die Bereitschaft, die Entwicklung zugunsten einer gerechten und nachhaltigen Welt zu unterstützen. In den derzeitigen Programmen und Projekten der entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit werden einige oder alle diese Aspekte in unterschiedlichem Maße implizit oder explizit berücksichtigt. Um das angestrebte Ziel zu erreichen, gilt es vor allem, Programme und Projekte zu schaffen, die all diesen Aspekten systematisch Beachtung schenken.

VIelfalt und Veränderlichkeit

28. Die entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit in der Europäischen Union zeichnet sich durch eine große Vielfalt an Initiativen aus, z. B. Arbeit mit Schulen und Hochschulen, Jugendarbeit, Erwachsenenbildung, Informations- und Öffentlichkeitskampagnen sowie Advocacy-Arbeit. Die Unterstützung der Mitgliedstaaten für diese Arbeit variiert von Land zu Land, wobei in einigen Fällen Unterstützung in beträchtlichem Umfang bereitgestellt wird.

Koordinierungsbedarf

29. Obwohl es in den meisten Mitgliedstaaten der Europäischen Union und auf europäischer Ebene Netzwerke für den Austausch von Ideen und Erfahrungen gibt, findet eine proaktive Koordinierung der Programme nur in geringem Maße statt. In den Fällen, in denen eine solche Koordinierung praktiziert wird, folgt sie vielfach von der Regierung unterstützten Strategien, die häufig von den Außen- und Entwicklungsministerien initiiert wurden und die im Allgemeinen die formale Bildung im Blick haben.

30. Da es so viele unterschiedliche Maßnahmen gibt, ist eine proaktive Koordinierung der entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit nicht einfach, insbesondere da über die Schaffung eines kohärenten Rahmens für diese Tätigkeiten bislang kaum reflektiert wurde. Ein solcher Rahmen ist jedoch erforderlich, wenn wie gewünscht eine vermehrte Beteiligung der Öffentlichkeit erreicht werden soll.

31. Um die Wirksamkeit eines solchen Rahmens zu sichern, müssen bei der Gestaltung hochwertiger und dauerhaft wirksamer Programme, Projekte und Aktivitäten vor allem auch die hier genannten Herausforderungen beachtet werden.

32. Auf politischer Ebene sollte ein solcher Rahmen auch die Entwicklung praktischer Synergien mit europäischen, nationalen, sektorspezifischen und sektorübergreifenden Ansätzen ermöglichen - Ansätze, die sich beispielsweise mit den Themen Umwelt, Kultur, Migration, Bildung, fairem Handel oder Landwirtschaft befassen, d. h. mit Themen, die bislang weitgehend gesondert behandelt werden, obwohl sie einen Bezug zur Entwicklung und zur entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit haben und für sie relevant sind.

Längerfristiger Rahmen für Bewusstseinsbildung und öffentliches Engagement

33. Eine der Grundlage für einen solchen Rahmen ist die Erkenntnis, dass Maßnahmen, die sich allein auf die Sensibilisierung für Entwicklungsfragen konzentrieren, keine gut informierte Öffentlichkeit hervorbringen und erst recht keine Öffentlichkeit, die sich dauerhaft für die Entwicklung engagiert.

-
- 33.1 Maßnahmen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit und Öffentlichkeitskampagnen zu einem bestimmten Entwicklungsthema mögen eine gewisse und manchmal auch breite Unterstützung für Lösungen zu diesem Thema erzielen.
 - 33.2 Eine solche Unterstützung ist zwar von erheblicher Bedeutung, sollte aber nur den Ausgangspunkt für ein dauerhaftes Engagement der Öffentlichkeit im Entwicklungsbereich darstellen: indem das „Einzelthema“ in den umfassenderen Kontext gestellt und nach der Relevanz dieses Themas für andere globale Phänomene, für persönliche Erfahrungen und lokale Anliegen (hier und im Süden) gefragt wird.
 - 33.3 Auf längere Sicht werden die Informationsarbeit und die aktive Auseinandersetzung mit dieser Thematik in einen Rahmen eingebettet, der es der Öffentlichkeit ermöglicht, nach und nach ein besseres Verständnis und umfassendere Kompetenzen zu erwerben und die Palette der praktischen Lösungsansätze für die Armutsbekämpfung und die nachhaltige Entwicklung zu erweitern.

Die Herausforderung für die entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit besteht darin, Gelegenheiten für ein fortschreitendes, verschiedene „Partizipationsebenen“ durchlaufendes Engagement der Öffentlichkeit zu schaffen. Ohne eine solche Intensivierung des Engagements wird die entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit voraussichtlich nicht über gute Absichten und einmalige Ergebnisse hinauskommen und die Öffentlichkeit in einer unterstützenden Rolle belassen, statt sie als Akteur an der globalen Entwicklung zu beteiligen.

DIE GLOBALE DIMENSION AUF DER LOKALEN EBENE ERFAHREN

34. Fortschreitende Globalisierung, zunehmende Interdependenz, internationale Migrationsbewegungen und die Folgen des Klimawandels sind einige der Phänomene, die weltweit auf lokaler Ebene spürbar sind. Angesichts des internationalen Charakters und der Verflechtung dieser und anderer Entwicklungsthemen sind „Entwicklung dort“ und „Entwicklung hier“ nicht mehr voneinander zu trennen. Für die entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit in Europa bieten die lokalen Auswirkungen solcher Phänomene die besten Beispiele dafür, wie die Erfahrungen der Menschen hier konkret mit den Erfahrungen der Menschen in anderen Teilen der Welt - vor allem, aber nicht unbedingt nur im Süden - verknüpft werden können.

LEHREN AUS DEN ERFAHRUNGEN IM SÜDEN

35. Bei der Herstellung von Zusammenhängen zwischen globalen Phänomenen und lokalen Entwicklungsthemen können europäische Initiativen und Programme viel von den Erfahrungen und Organisationen im Süden lernen. Dies galt und gilt für die Gewinnung und Verbreitung von Informationen über die Gesellschaften im Süden und für die Anstrengungen, die im Süden zur Armutsbekämpfung unternommen werden. Obwohl hier vor allem von Katastrophen und scheinbar nicht endendem Elend berichtet (und der Eindruck weit verbreiteter und genereller Armut im „Süden“ vermittelt) wird, versucht die entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit, diese Bilder in den entsprechenden Kontext zu stellen und mit den Erfahrungen der Gesellschaften zu verknüpfen, die so vielfältig, komplex und veränderlich wie unsere eigenen sind.
36. Weit weniger Aufmerksamkeit wurde in Europa den Erfahrungen gewidmet, die die Menschen im Süden (und die Migranten aus dem Süden) mit entwicklungspolitischen Sensibilisierungs- und Bildungsprogrammen gemacht haben. Um den Herausforderungen der Entwicklung gerecht zu werden und die Ziele der entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit zu erreichen, können und müssen die europäischen Initiativen erhebliche Anstrengungen unternehmen, um einen echten Dialog untereinander und mit den Akteuren im Süden in Gang zu bringen und Informationen über übereinstimmende und unterschiedliche Erfahrungen im Bereich der Entwicklung und der entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit auszutauschen.

ENTWICKLUNGSPOLITISCHE BILDUNGS- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT ALS BESTANDTEIL DES ÖFFENTLICHEN LEBENS

37. Bislang geht die entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit in Europa meist auf Initiativen zivilgesellschaftlicher Organisationen zurück und liegt in deren Händen. In einigen Mitgliedstaaten der EU und mit Hilfe der Europäischen Kommission wurden in Ergänzung zu diesen zivilgesellschaftlichen Initiativen Rahmen für finanzielle, mitunter auch strategische

Unterstützung geschaffen. Gegenwärtig spielen diese lokalen, nationalen und europäischen Akteure eine zentrale Rolle bei der Festlegung der Inhalte und Konzepte der entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit. Soll aber auch die Öffentlichkeit für eine aktive Mitwirkung in der Entwicklungspolitik gewonnen werden, dann muss die entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit relevant für die bestehenden Strukturen sein, innerhalb derer die Vertreter der Öffentlichkeit zusammenkommen, diskutieren, Kompetenzen entwickeln und Erfahrungen sammeln, sie muss in diese eingebunden sein und entsprechend wahrgenommen werden.

38. Praktisch jeder nimmt an einem oder mehreren Punkten im Laufe seines Lebens an formaler oder informeller Bildung teil. Die entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit kann einen positiven Beitrag zu den Lernerfahrungen der Öffentlichkeit leisten (was bereits in vielen Ländern der Fall ist) und Einsichten und Fähigkeiten fördern, die das Streben des Einzelnen nach einem sozial, wirtschaftlich und politisch erfüllten Leben unterstützen. Daher sollte sich die entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit - und ein proaktiv koordinierter europäischer Rahmen - auf den Primar-, Sekundar- und Tertiärbereich der formalen Bildung und auf Programme und Einrichtungen zur Förderung des lebenslangen Lernens konzentrieren. Das setzt voraus, dass die derzeitigen Akteure Fähigkeiten und Möglichkeiten entwickeln, mit den Lehrenden und anderen an der Förderung des lebenslangen Lernens Beteiligten, zusammenzuarbeiten; hierfür müssen sie zusätzlich zu ihrem Know-how bei der Nutzung von Entwicklungserfahrungen neue Fachkompetenzen als Moderatoren und externe Unterstützer von Veränderungsprozessen erwerben. Die Arbeit muss vor allem darauf ausgerichtet sein, dass Lehrende, Auszubildende, Jugendbetreuer, Bildungseinrichtungen (einschließlich des Leitungs- und Verwaltungspersonals), Lernende, Eltern (und die Gemeinschaft), Lehrplanentwickler (und Entscheidungsträger im Bildungsbereich) usw. das Ziel der entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit wertschätzen und sich zu eigen machen.

EVALUIERUNG UND BEWERTUNG DER AUSWIRKUNGEN

39. Aus Sicht der entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit dienen die Evaluierung und die Bewertung der Auswirkungen der ergriffenen Maßnahmen vor allem drei Zielen: Lernen aus den bisherigen Erfahrungen, um die künftige Arbeit zu verbessern, Bewertung des kurz- und langfristigen Nutzens für Zielgruppen bzw. Mitwirkende sowie Erkenntnisse über die Ansätze und Aktivitäten, mit denen künftige Chancen ergriffen und Hindernisse bewältigt werden können. Dabei geht es vor allem, wenn auch nicht ausschließlich darum, die Erfolge sowie die Auswirkungen und die Qualität der Prozesse und Ergebnisse zu bewerten. Die Evaluierungen befassen sich jedoch in vielen Fällen vor allem mit quantitativen Bewertungen: Anzahl der durchgeführten Maßnahmen, Anzahl der Menschen, „die sensibilisiert wurden“, „die fortgebildet wurden“, „die an einer Aktivität teilgenommen haben“ usw. Solche Bewertungen mögen dort nützlich sein, wo Geldgeber, Entscheidungsträger oder die Organisationen selbst in erster Linie quantitative Leistungsindikatoren festgelegt haben. Sie mögen auch dort sinnvoll erscheinen, wo ein Programm oder Projekt von der Annahme ausgeht, dass Sensibilisierung automatisch zu größerem Verständnis und daraus abgeleitetem Handeln führt. Die Quantität des Engagements allein sagt jedoch noch nichts über seine Qualität aus und ein Kausalzusammenhang zwischen erhöhter Sensibilität und anschließendem dauerhaftem Verhalten der Öffentlichkeit lässt sich äußerst selten herstellen.
40. Sollen Evaluierungen und Bewertungen der Auswirkungen erfolgreich durchgeführt werden, müssen bereits zu Beginn eines Programms oder Projekts die folgenden Voraussetzungen gegeben sein: Klarheit über den Zweck des Vorhabens, klar definierte Ziele und Strategien, Monitoring der Durchführung, eine auf kritischer Reflexion basierende Organisationskultur sowie Bereitstellung entsprechender zeitlicher, personeller und finanzieller Ressourcen. Es ist Aufgabe der an dieser Arbeit beteiligten Akteure, den Bedarf an diesen Ressourcen in ihren Programmen und Projekten einzuplanen. Bewährte Praktiken haben gezeigt, dass der Zweck der Evaluierung bereits während der Projektplanung bestimmt und 3 % - 5 % der Gesamtressourcen ausdrücklich für die Evaluierung reserviert werden sollten. Eine erfolgreiche Evaluierung und Bewertung der Auswirkungen erfordert auch eine Verbreitung der Erkenntnisse, damit sie in die Arbeit anderer einfließen und dazu beitragen können, dass die entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit auf gemeinsame Lehren zurückgreifen kann.

SENSIBLE BEREICHE: WIR BRAUCHEN EINE EHRliche DEBATTE

41. Eine langfristige Perspektive, wachsendes und intensiveres Engagement der Öffentlichkeit und die Zusammenarbeit mit „Dritten“ machen es erforderlich, dass staatliche und nichtstaatliche Akteure ihre Gründe für die Mitwirkung an der entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit klar und offen darlegen. Das bedeutet, sie müssen prüfen, welchen Beitrag sie selbst ihrer Ansicht nach dazu leisten, die Öffentlichkeit zur Wahrnehmung ihrer Rechte und Pflichten in Bezug auf die globale und lokale Entwicklung zu bewegen. Dies können überaus heikle Fragen sein, da bestimmte Ziele und Anliegen einer Organisation (z. B. die Vermittlung eines bestimmten Standpunkts oder die Mittelbeschaffung) unter Umständen mit dem Ziel der entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit schlecht vereinbar sind oder diesem sogar zuwiderlaufen. Es ist allerdings schwer vorstellbar, wie ohne eine offene und ehrliche Debatte über solche mitunter sensible Themen eine gemeinsame Vision und ein kohärenter Rahmen aufgebaut werden können.

VI. Empfehlungen

EMPFEHLUNGEN AN DERZEITIGE UND POTENZIELLE AKTEURE DER ENTWICKLUNGSPOLITISCHEN BILDUNGS- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

42. Die Einrichtungen, Organe und Behörden der Europäischen Union, die Regierungen der Mitgliedstaaten, die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften, die Organisationen der Zivilgesellschaft und die anderen Akteure, die in diesem Dokument genannt werden, sollten sich im Rahmen der Umsetzung des Europäischen Konsenses über die Entwicklungspolitik der hier genannten Ziele, Grundsätze und Herausforderungen annehmen.

Darüber hinaus ergehen folgende Empfehlungen:

EMPFEHLUNGEN AN DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION

43. Es wird empfohlen, dem Rat und dem Europäischen Parlament über den Stand der Umsetzung der im Europäischen Konsens über die Entwicklungspolitik eingegangenen Verpflichtung betreffend die entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit und über die Qualität dieser Umsetzung in Bezug auf die Organisation, die Ergebnisse und die Auswirkungen der entwicklungspolitischen Bildungs- und der Öffentlichkeitsarbeit Bericht zu erstatten;
44. Es wird empfohlen, Entwicklungsperspektiven und Maßnahmen zur Unterstützung der entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit in die einschlägigen Programme der Europäischen Kommission zu integrieren, insbesondere in Programme für die Bereiche Jugend und Bildung;
45. Es wird empfohlen, zusammen mit anderen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren der entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit der Frage nachzugehen, wie Verfahren entwickelt und umgesetzt werden können, um eine Debatte darüber in Gang zu bringen, welche Verfahrensweisen zur Förderung der entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit in nationalen Strategien als vorbildlich gelten können, und um die Umsetzung von Lehren aus solchen Debatten und Verfahrensweisen in ganz Europa und insbesondere in den neuen Mitgliedstaaten zu ermöglichen;
46. Es wird empfohlen, - u. a. im Rahmen dienststellenübergreifender Konsultationen und einer europaweiten Zusammenarbeit bei der Förderung der entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit - mit Regierungen und zivilgesellschaftlichen Akteuren zusammenzuarbeiten, um Vorschläge für die weitere Umsetzung der im Europäischen Konsens über die Entwicklungspolitik eingegangenen Verpflichtungen bezüglich der entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit zu entwickeln, um einschlägige Programme, Projekte und Aktivitäten anzustoßen und die entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit insbesondere in den neuen Mitgliedstaaten weiter auszubauen;
47. Es wird empfohlen, die Durchführung und Veröffentlichung von Evaluierungen der Programme und Projekte der entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit, die von der Europäischen Kommission initiiert oder unterstützt wurden, sicherzustellen.

EMPFEHLUNGEN AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT

48. Es wird empfohlen, - unter Beteiligung der relevanten Parlamentsausschüsse, z. B. des Entwicklungsausschusses - die Erstellung eines Berichts über die entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit und ihre Rolle bei der Umsetzung des Europäischen Konsenses über die Entwicklungspolitik zu initiieren. Der Bericht sollte die tatsächliche und die potenzielle Rolle der entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen der formalen und der informellen Bildung und des lebenslangen Lernens in Europa beleuchten.

EMPFEHLUNGEN AN DIE REGIERUNGEN DER MITGLIEDSTAATEN DER EUROPÄISCHEN UNION UND DIE LOKALEN UND REGIONALEN GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN

49. Es wird empfohlen, der Bedeutung der entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen der Entwicklungsstrategien, -programme und -budgets und der

Strategien, Programme und Budgets der formalen und informellen Bildung ausdrücklich Rechnung zu tragen;

50. Es wird empfohlen, soweit noch nicht vorhanden, strukturierte und dauerhafte Prozesse zu schaffen und zu unterstützen, um langfristige Perspektiven und kurzfristige Programme der Zusammenarbeit zur Förderung der entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit zu entwickeln. Dabei sollten Ministerien und staatliche Stellen, die für Außenpolitik und Entwicklungszusammenarbeit und für die formale und informelle Bildung zuständig sind, ebenso einbezogen werden wie nichtstaatliche Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit und andere zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich für die Armutsbekämpfung und eine nachhaltige Entwicklung auf globaler und nationaler Ebene engagieren;
51. Es wird empfohlen, politische, finanzielle und organisatorische Unterstützung für die Einbeziehung der entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit in die Strukturen, Lehrpläne und Programme der formalen und informellen Bildung und für ihre Berücksichtigung in den Medien zu leisten. Im Mittelpunkt sollten dabei Möglichkeiten stehen, Lehrende der formalen und informellen Bildung und Medienvertreter in die Entwicklung neuer Projekte und Programme, Netzwerke und Forschungsarbeiten einzubeziehen, sowie Möglichkeiten, bei denen Gebietskörperschaften, Behörden und Einrichtungen dazu beitragen können, sich den Herausforderungen der Armutsbekämpfung und der nachhaltigen Entwicklung zu stellen. Politische, finanzielle und organisatorische Verpflichtungen sollten spürbare Veränderungen möglich machen, die uns dem Ziel der entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit näher bringen;
52. Es wird empfohlen, sicherzustellen, dass die Programme und Projekte der entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit, die von der Regierung bzw. von lokalen oder regionalen Gebietskörperschaften initiiert oder unterstützt wurden, evaluiert und die Ergebnisse der Evaluierungen und veröffentlicht werden.

EMPFEHLUNGEN AN DIE ORGANISATIONEN DER ZIVILGESELLSCHAFT

53. Es wird empfohlen, der Bedeutung der entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen von organisatorischen Strategien und Budgets ausdrücklich Rechnung zu tragen. Gleiches gilt für die Kommunikationsprogramme, -projekte und -aktivitäten, die es der Öffentlichkeit ermöglichen sollen, ihr kritisches Bewusstsein für die Entwicklungsthematik zu erweitern und besser informiert und kompetenter auf globaler und lokaler Ebene an der Entwicklung mitzuwirken;
54. Es wird empfohlen, Strategien für ein wirksames und gezieltes „Marketing“ der entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit zu entwickeln und angemessene Ressourcen für ihre Umsetzung bereitzustellen. Hieran sollten insbesondere Vertreter und Praktiker aus dem Bereich der formalen und informellen Bildung und der Medien beteiligt werden;
55. Es wird empfohlen, Partnerschaften aufzubauen und eine echte Zusammenarbeit mit Praktikern und Entscheidungsträgern aus der formalen und der informellen Bildung und den Medien zu entwickeln, damit entwicklungspolitische Anliegen und Grundsätze der entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit in laufende Strategien und Verfahrensweisen dieser Systeme und der Medien einbezogen werden können;
56. Es wird empfohlen, strukturierte, dauerhafte und gefestigte Prozesse der Zusammenarbeit zwischen Menschen und Organisationen im Süden und Lehrenden der formalen und der informellen Bildung, Forschern und Medien in Europa zu schaffen, um die Öffentlichkeit in die Lage zu versetzen, sich den Herausforderungen der Armutsbekämpfung und der nachhaltigen Entwicklung zu stellen;
57. Es wird empfohlen, Evaluierungen und Bewertungen der Auswirkungen von Strategien, Programmen und Projekten der entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit durchzuführen und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Diesen Evaluierungen und Bewertungen sollten genau definierte Qualitätsstandards in Bezug auf die eingesetzten

Verfahren, die Wirksamkeit, die Effizienz, die Transparenz und das Kosten-Nutzen-Verhältnis zugrunde gelegt werden;

58. Es wird empfohlen, in allen EU-Mitgliedstaaten Forschungsarbeiten und Studiengänge im Sinne einer kritischen und auf soliden wissenschaftlichen Grundlagen basierenden entwicklungspolitischen Bildungsarbeit anzuregen und zu unterstützen und den Austausch von Erfahrungen im Bereich der entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit über Hochschulen, akademische Kanäle und Denkfabriken zu fördern.

Annex I Notable international and EU development commitments

1. *Paris Declaration on Aid Effectiveness* (2005), [www.aidharmonization.org].
2. *European Consensus on Development* (2005), (14820/05 DEVGEN 229 RELEX 678 ACP 155)
3. *G8 Gleneagles Communiqué* (2005), [<http://www.g8.gov.uk/>].
4. *Cotonou Agreement* (2005), [http://ec.europa.eu/development/Geographical/CotonouIntro_en.cfm].
5. *Beijing Declaration: Action for Equality, Development and Peace* (1995), [<http://www.un.org/womenwatch/daw/beijing/beijingdeclaration.html>].
6. United Nations (2000), *Millennium Declaration*, [www.un.org/millenniumgoals]. Reaffirmed in 2002 and 2005.
7. United Nations (2003), *Monterrey Consensus on Financing for Development*.

Annex II International and European political commitments to Development Education and Awareness Raising

1. STRENGTHENING THE EUROPEAN UNION'S ROLE AS A GLOBAL PARTNER FOR DEVELOPMENT: THE 18-MONTH PROGRAMME ON DEVELOPMENT POLICY OF THE EU PRESIDENCIES OF GERMANY, PORTUGAL AND SLOVENIA (JANUARY 2007 - JUNE 2008), JANUARY 2007

In the field of development policy, Germany, Portugal and Slovenia have decided to outline their common priorities and to conduct common initiatives during this period. The three Presidencies are committed to pursue these priorities both jointly and individually under their respective presidencies. They are committed to closely cooperate in order to build more awareness and support for development issues as well as to create added value in promoting them together within the European framework and in the international arena, (p. 2).

Full programme: www.bmz.de/en/service/infothek/buerger/TrioPrsidentschaft.pdf.

2. HELSINKI CONFERENCE ON EUROPEAN DEVELOPMENT EDUCATION, 3-4 JULY 2006

Organised by the Finnish NGDO Platform to the EU in cooperation with CONCORD and with support of the Finnish Ministry for Foreign Affairs and the European Commission.

1. The European Consensus on Development states that the EU will pay particular attention to development education and awareness-raising in the efforts to enhance civil society engagement in global development, Other European structures and political commitments are similarly inclined. To realise this and ensure that all people in Europe have access to quality development education, a strong European and national Strategy Framework is required.

2. In this Strategy Framework priority should be given to supporting planning, quality, partnership, mutual learning and peer exchange of strategies and experience, in development education and awareness-raising; particularly between new member states, acceding and candidate countries, and countries seeking to strengthen national support mechanisms.

3. The Strategy Framework should support existing mechanisms for coordination, international shared learning of national strategies though, inter alia Concord and DEEP, OECD DAC Heads of Information, GENE Peer Reviews, the North-South Centre's Global Education Week network and other networks working in this area.

4. In order to move this European strategy forward, a multi-stakeholder task force will work to develop a common perspective on the European Strategy framework for development education. Member states will be consulted about existing and emerging national strategies, to ensure coherence and to move the process forward from Helsinki.

5. Development education, public awareness and media strategies should be based on a model of solidarity and global interdependence. This means working with Southern partners at all stages of the processes. It also means avoiding passive images of the South, in line with best practice and the recommendations of the Code of Conduct on Images and messages. Linking local and global dimensions of issues is also necessary.

6. Integration of global and development perspectives into education systems requires the development of coordinated strategies by Ministries of Education and Ministries of Foreign Affairs, and other relevant Ministries, Civil Society actors, Local and Regional Authorities, and national curriculum bodies. In this process, the European Global Education Peer Review system has proven useful at national level. Particular emphasis and resources should be allocated to training: both initial and in-service teacher training, and training of DE trainers.

7. Increased quality and impact in development education is also required. This necessitates greater clarity and coherence regarding the differences along the continuum from development education to awareness raising to information and campaigning. Appropriate mechanisms of evaluation in these related, complementary but differing spheres are essential. Partners from the South should be involved at all stages.

8. Recalling previous commitments, the Conference recognises the efforts of countries to increase funding to development education. A target of 3% of ODA to development education is endorsed by

NGDOs and some member states. The Conference calls on member states, local and regional authorities, NGDOs and the Commission to commit to a staged series of increases in financial support for development education, to ensure pro rata strengthened support as member states approach targets of 0.56%, 0.7%, of GNI to ODA and beyond, and develop inclusive, consultative strategies for disbursement.

9. In the context of ongoing discussions on the reform of European Commission financial instruments, due regard should be given to the European Consensus on Development and reform should be informed by the findings of the Brussels and Helsinki Conferences. The reform should aim at clearer and more coordinated European Commission support structures for DE, that are coherent with member states support structures.

These recommendations are addressed to all actors of society who are able and interested in further improving the impact and quality of development education. This includes among others the EU institutions, national ministries, and international and civil society organisations, research institutes working for active and informed global citizens.

Final conference report and presentations: http://www.kehys.fi/Materials_DE_030407.

3. THE EUROPEAN CONSENSUS ON DEVELOPMENT, DECEMBER 2005

4.3 Participation of civil society

18. The EU supports the broad participation of all stakeholders in countries' development and encourages all parts of society to take part. Civil society, including economic and social partners such as trade unions, employers' organisations and the private sector, NGOs and other non-state actors of partner countries in particular play a vital role as promoters of democracy, social justice and human rights. The EU will enhance its support for building capacity of non-state actors in order to strengthen their voice in the development process and to advance political, social and economic dialogue. The important role of European civil society will be recognised as well; to that end, the EU will pay particular attention to development education and raising awareness among EU citizens.

4. EUROPEAN COMMISSION WHITE PAPER ON A EUROPEAN COMMUNICATION POLICY (PLAN D FOR DEMOCRACY, DIALOGUE, DEBATE), OCTOBER 2005

Objectives of Plan-D:

The Commission has proposed a Plan D for Democracy, Dialogue and Debate, not as a rescue operation for the Constitution, but to stimulate a wider debate between the European Union's democratic institutions and citizens. It has to be seen as complementary to the already existing or proposed initiatives and programmes such as those in the field of education, youth, culture and promoting active European citizenship.

Plan-D dovetails with the Action Plan on communicating Europe¹ which seeks to improve the way that the Commission presents its activities to the outside world and the forthcoming White Paper on communication strategy and democracy which will start a consultation process on the principles behind communication policy in the European Union and the areas of co-operation with the other European institutions and bodies. Together with Plan-D these initiatives set out a long-term plan to reinvigorate European democracy and help the emergence of a European public sphere, where citizens are given the information and the tools to actively participate in the decision making process and gain ownership of the European project.

More details: http://ec.europa.eu/communication_white_paper/index_en.htm.

5. EUROPEAN CONFERENCE ON PUBLIC AWARENESS AND DEVELOPMENT EDUCATION FOR NORTH-SOUTH SOLIDARITY, BRUSSELS, 19-20 MAY 2005

Jointly organised by Belgian Development Co-operation Directorate-General and the European Commission.

A. As part of an ongoing debate, participants from national, European and international administrations, non-governmental organisations and other actors of civil society, together with members of different media, took part in a conference on public awareness and development education for North-South solidarity in Brussels on 19/20 May 2005.

B. The participants, meeting in both plenary and specific working group sessions, have drawn up the following recommendations. Further specific proposals and suggestions from different participants are outlined in the conference papers.

1. The renewed commitment by the European Union and the member states to increase ODA levels adequately for 2010 and the achievement by 2015 of the level of 0.7% by most, as advanced by the United Nations in 1970, should be welcomed and propagated as widely as possible throughout the Union. Effective development education and awareness raising are essential conditions to mobilise support to reach these targets.

2. Noting that the assistance provided is a question of finance, effectiveness and quality, as well as sustainable development, the Millennium Development Goals should be included as a major facet of public awareness and development education activities throughout the Union.

3. Comprehensive and coherent development education and awareness-raising strategies should be designed or reviewed at both national and European levels. The relevant authorities should ensure that these strategies are fully integrated into their development and education policies. This will require close co-operation with NGOs and other relevant civil society organisations.

4. Awareness-raising and development education should be integrated into the curricula of the formal and informal educational systems throughout the current and future members of the Union. Such programmes, aimed at all levels and ages of society, are necessary to foster the greatest possible North-South solidarity.

5. National and European authorities should ensure there is adequate funding for development education and awareness raising in their planning. It is proposed that the European Commission and Member states move towards or beyond a figure of 3% of ODA, as proposed in a UNDP Report. This increase in funding implies the necessary quality, efficiency and effectiveness of development education and awareness-raising activities.

6. As part of the overall need to raise both quality and efficiency, best practices should be actively encouraged and supported, particularly between Member states but also internationally. Ongoing coordination and co-operation, learning from past experiences at the widest possible level, are therefore essential to ensure coherence and maximise effectiveness.

7. It should be stressed that both awareness raising and development education are distinct from publicity and fundraising. Equally development education and awareness-raising activities should be rooted in the realities of Northern societies and take into account the interdependency between North and South as well as the need for policy coherence in the North.

8. Assistance towards achieving effective development education and awareness raising in new Member States should be provided. In order to enable new and future Member States to access EU funding for development education and awareness-raising, current thresholds on financial capacity requirements and eligibility criteria should be adapted in their favour.

9. Recognising that international development co-operation issues were not properly discussed in the course of the last accession rounds, further rounds should address it in a much more proactive way. In the case of the new Member States and acceding countries, ad hoc development education and awareness-raising activities should partly make up for the lost opportunities.

10. The contribution of national and local authorities, parliamentarians, NGOs and other civil society actors in North-South co-operation should be strengthened with a view to boosting capacity, awareness and commitment in the current and future Union, as well as outside.

11. Emphasis should be given to how, following natural or man-made catastrophes, there is a process of linking relief to provide initial stability, rehabilitation and development which should be on a sustainable and environmentally friendly basis.

12. A comprehensive press strategy for North-South solidarity should cover the broad range of existing media but focus on channels with the widest coverage where resources are limited. Development and humanitarian actors should make more efforts to provide useful, clear and appealing material and opportunities to journalists to enable them to offer independent and accurate information on North-South issues. The press has a fundamental role in preventing crises becoming forgotten both by governments and European civil society and should be recognised as a development actor.

13. Images and articles are best if they respect the dignity, beliefs and traditions of the peoples of the “South” in their presentation.

14. Monitoring and evaluation of humanitarian and development programmes must therefore cover not only the effect in the field but also the evolution of public perception in the North and the South of the progress accomplished. Building on existing experiences, increased efforts have to be made to improve monitoring and evaluation of development education and awareness-raising activities in order to systematically enhance their overall relevance, efficiency and effectiveness.

15. It is proposed that the recommendations of this Conference, particularly those pertaining to the role and place of development education and awareness-raising, be integrated into the new EU Development Policy Statement before its adoption and coherently translated in other relevant policy processes and instruments.

16. A group of representative stakeholders be established, following this conference, in order to ensure the follow-up of the outcomes of this Conference throughout the current and future Union. This representative group should also be aware of the need for accountability - in the widest sense - and appropriate evaluation of what is a long-term process of improving North-South solidarity. It would then organise further meetings and discussions as appropriate. In this context, it particularly welcomes the offer of the Chairman of the Development Committee of the European Parliament to draw up a report on the matter.

C. While these recommendations are addressed above all to the representatives of the European Parliament, the European Council, the European Commission, as well as the national authorities at the conference, they are also directed to all members of society, individuals and organisations who are able to increase awareness of and strengthen North-South solidarity in all its aspects.

D. The participants note with pleasure that certain authorities are already actively pursuing these goals. The recent communication of the Commission to the Council and the organisation of this conference by the European Commission and the Belgian authorities are recent positive examples.

Full report <http://www.euforic.org/awareness-sensibilisation/>.

6. UNITED NATIONS DECADE OF SUSTAINABLE DEVELOPMENT (2005-2014)

The goal of the United Nations Decade of Education for Sustainable Development (2005-2014, DESD), is to integrate the principles, values, and practices of sustainable development into all aspects of education and learning. This educational effort will encourage changes in behaviour that will create a more sustainable future in terms of environmental integrity, economic viability, and a just society for present and future generations.

The primary goal for the DESD is laid out in the United Nations General Assembly resolution 59/237 in which the General Assembly “*encourages Governments to consider the inclusion ... of measures to implement the Decade in their respective education systems and strategies and, where appropriate, national development plans*”. Furthermore, the General Assembly “*invites Governments to promote public awareness of and wider participation in the Decade, inter alia, through cooperation with and initiatives engaging civil society and other relevant stakeholders, especially at the beginning of the Decade*”.

Within the broad goals established by the General Assembly, subgoals for the DESD at the national level are to:

- Provide an opportunity for refining and promoting the vision of and transition to sustainable development - through all forms of education, public awareness and training.
- Give an enhanced profile to the important role of education and learning in sustainable development.

The objectives for the DESD are to:

- facilitate networking, linkages, exchange and interaction among stakeholders in ESD;
- foster an increased quality of teaching and learning in education for sustainable development;
- help countries make progress towards and attain the millennium development goals through ESD efforts;
- provide countries with new opportunities to incorporate ESD into education reform efforts.

Recognising that how sustainable development, and related educational processes are attained will vary from context to context, these objectives will share the key tasks for UNESCO to perform in support of Member States through its role as lead agency of the Decade. UNESCO’s leadership role

and, in fact, the task of Member States are also defined by the four major thrusts of education for sustainable development:

- improving access to quality basic education;
- reorienting existing education programmes;
- developing public understanding and awareness.
- providing training.

More details: http://portal.unesco.org/education/en/ev.php-URL_ID=27234&URL_DO=DO_TOPIC&URL_SECTION=201.html.

7. THE MAASTRICHT GLOBAL EDUCATION DECLARATION, 17 NOVEMBER 2002

In November 2002, the Europe-wide Global Education Congress, held in Maastricht, has led representatives from governments, parliaments, local authorities and civil society organisations of Member States of the Council of Europe to commit them to increase support to Global Education, through the so-called "Maastricht Global Education Declaration". The following commitments were agreed:

5.1 Take forward the process of defining Global Education and ensuring that a rich diversity of experience and perspectives (e.g. Southern, Minorities, Youth and Women's perspectives) is included at every stage.

5.2 Develop, in cooperation with the competent authorities and relevant actors, (or build on existing), national action plans, starting now and to 2015, for increased and improved Global Education towards the target date of the Millennium Development Goals.

5.3 Increase funding for Global Education.

5.4 Secure the integration of Global Education perspectives into education systems at all levels.

5.5 Develop, or where developed, improve and increase national structures for funding, support, co-ordination and policy-making in Global Education in all Council of Europe member states, as appropriate to national conditions.

5.6 Develop, or where developed improve strategies for raising and assuring the quality of Global Education.

5.7 Increase support for Regional, European, and International networking of strategies for increased and improved Global Education; between policymakers and practitioners.

5.8 Test the feasibility of developing a peer monitoring/peer support programme, through national Global Education Reports, and regular peer reviews, in a 12-year frame.

5.9 Contribute to the follow-up to the World Summit on Sustainable Development and to the preparations for the United Nations Decade for Education for Sustainable Development.

Download the Declaration: http://deeeep.org/english/europe/strategy/Maastricht_Declaration.pdf

8. COUNCIL OF EU WORKING PARTY ON DEVELOPMENT COOPERATION RESOLUTION ON "DEVELOPMENT EDUCATION AND RAISING EUROPEAN PUBLIC AWARENESS OF DEVELOPMENT CO-OPERATION", (13323/01 DEVGEN 157), NOVEMBER 2001

The Council

6. Wishes to encourage increased support for development education, and for the corresponding communication policy, by the Commission and the Member States through the establishment of closer links between the various sectors which may help promote development education in areas such as NGOs, schools, universities, adult education, training for trainers, audio-visual media, the press, collective organisations and youth movements.

7. Encourages the European Commission and the Member States to sustain their support for NGO development education initiatives and for initiatives taken by the national coordination centres of development NGOs.

8. Underscores the importance of the "fair trade" factor which is effective in development education. The Council considers that it would be worth studying, in consultation with the bodies concerned, the possibilities of promoting further the idea of fair trade.

9. Wishes to encourage the exchange of information and experience on development education between governments and civil society actors, as well as within those entities.

10. Encourages the initiatives of the NGOs and European and national institutions aimed at raising awareness amongst the population of the candidate countries for accession to the EU of the importance of supporting international solidarity in the fight against world poverty, as well as promoting development education in general.

11. Calls on the Commission to reinforce its information and communication activities in order better to heighten the awareness of the public in the Member States, and in the candidate countries for accession, of European development cooperation policy.

12. Welcomes, on the one hand, the Council of Europe's development education work carried out by its North-South Centre which enables all Council of Europe Member States to be involved, including candidate countries for accession to the EU, and, on the other, welcomes the development education work conducted by the OECD.

13. Calls for an evaluation

(a) firstly of development education and the raising of European public awareness of development issues with regard to the implementation of the budget heading for NGO co-financing (B7-6000),

(b) secondly, with regard to the means of information on cooperation with the developing countries implemented by the Commission where heightening public awareness is concerned.

Such an evaluation should enable a further increase in the efficiency of these information and awareness raising policies in the future.

14. Underlines the importance of conducting regular opinion polls among the citizens of the EU and of the candidate countries so as to gauge their understanding and support of development cooperation. Such a poll will allow the targeting of development education towards population groups in which the need is felt most, involving, if necessary, a review of the methodology and the defining of new synergies.

“The Consensus on Development: the Contribution of Development Education and Awareness Raising” was financially supported by



Co-financed by the German Ministry for Economic
Cooperation and Development

For more information on the Consensus and its process, please contact advocacy@deEEP.org

This document was kindly translated by the Directorate General Translation of the European Commission (June 2008)



The contents of this document are the sole responsibility of the Multi-stakeholder group and can under no circumstances be regarded as reflecting the position of the European Union.